

Aussprache

Veranstalter

Herzlichen Dank, Herr Prof. Seubert, standing ovations hat es bisher bei uns noch nicht gegeben.

Zu dem, was Prof. Seubert über das Unverständnis von Polen für das unwahre Geschichtsbild sagte, das wir politisch vor uns hertragen, kann ich noch die Stimme eines namhaften amerikanischen Rechtswissenschaftlers hinzufügen. Er hatte vor einigen Jahren einen ihn verlockenden Ruf an ein Max-Planck-Institut bekommen, es aber abgelehnt. Er sagte mir, er sei eigentlich gerne nach Deutschland in die ihm vertraute Stadt gezogen, aber: „Ich kann diese verlogenen Gesellschaft nicht mehr ertragen. Ich bleibe lieber da, wo ich bin.“ Er meinte in erster Linie unser Geschichtsbild!

Dazu das Gegenstück: Als wir am Telefon über den Vortrag sprachen, fragte ich Prof. Seubert, ob er an der Universität in Posen als Deutscher keine Probleme mit den Polen habe. Seine Antwort: „Nein, wieso? Ich bin doch Patriot.“ Das werde verstanden. – So einfach kann es sein!

Zum Begriff des Konservativen zwei von Hans-Joachim Schoeps berichtete Begebenheiten aus Preußen¹:

Auf den Antrag eines deutschen Abgeordneten aus Posen, die Regierung solle für die Ausbreitung der deutschen Nationalität sorgen, erklärte Ministerpräsident Manteuffel am 13. Februar 1850 in der Zweiten Kammer unter dem Beifall des ganzen Hauses: „Das ist eine Aufgabe, die die Regierung nicht übernehmen kann. Wenn die deutsche Nationalität des Schutzes der Verwaltungsbehörden bedarf, um sich geltend zu machen, hat sie auf keine Zukunft zu rechnen.“

Hermann Wagner als Sprecher der Konservativen meinte 1856 im Parlament: „Das Nationalitätsprinzip dient nur dazu, die europäischen Nationen wieder in Rassen aufzulösen und damit auf den Standpunkt der Barbaren zurückzuführen.“

Das war konservative Gesinnung, wonach, im preußischen Rechtsstaat mit Deutschen vereint, Polen Polen bleiben konnten.

¹ Hans-Joachim Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates, Propyläen-Verlag, Berlin 1967 3. Aufl., S. 218

Zu Beginn der Aussprache darf ich eine Frage stellen. Gestern sprachen wir in einer kleinen Runde über die Bedeutung des falschen Geschichtsbildes für unsere heutige wenig selbstbewußte Politik. Ein Jüngerer meinte aber, das stimme doch gar nicht, denn unsere Probleme mit Einwanderern hätten die anderen Europäer ohne Geschichtsprobleme doch genauso, z. T. sogar noch schlimmer, die Engländer, die Niederländer, die Franzosen, Belgier usw. Das stimmt ja, denn bei uns brennen zwar auch schon haufenweise Autos, aber noch nicht so viele, wie in Frankreich, noch nicht, müssen wir sagen.

Was ist nun das Besondere bei uns, dass wir uns nicht als selbstbewusste Hausherren geben? Das frage ich jetzt die Herren Vortragenden

Konrad Löw

Eine naheliegende Frage. Umso schwieriger ist die Antwort.

Es gibt eine geheimnisvolle Kraft, die viele von uns in dieses Gefühl des Schuldigseins hineingedrängt hat. Das war nicht seit Kriegsende vorhanden. Ich habe auf Konrad Adenauer hingewiesen, und der stand ja nicht allein, der fand sogar großen Beifall im Deutschen Bundestag, als er für das deutsche Volk sprach und sagte: Dieses deutsche Volk in seiner Gesamtheit, so sehr die NS-Verbrechen zu verurteilen sind, ist nicht mitschuldig geworden. Da gab es nur einige Stimmenthaltungen, aber die allermeisten haben dem beigeppflichtet, die Sozialdemokraten eingeschlossen, denken Sie an Kurt Schumacher, denken Sie an Erich Ollenhauer! Das waren alles leiderprobte Leute – der eine viele Jahre im KZ, der andere von 1933 ab im Exil.

Von den Achtundsechzigern wurde ziemlich plötzlich die Vätergeneration auf die Anklagebank gesetzt, ohne dass der Anklage ein gründliches Geschichtswissen zugrunde gelegen hätte. Es war eine Art Rebellion gegen die Vätergeneration, mit der man umso leichter fertig werden konnte, da zwischen 1933 und 1945 in Deutschland tatsächlich Furchtbares geschehen war und viele der Väter zwischenzeitlich altersbedingt an Vitalität eingebüßt hatten.

Zu denen, die unter den Achtundsechzigern litten, das wurde ja schon kurz angedeutet, waren auch Juden, die zur Emigration gezwungen worden waren, die aber, zurückgekehrt, Deutschland wieder mit aufrichten wollten. Nun saßen sie selbst auf der Anklagebank. Einer, der damals bei der Gründung des Bundes Freiheit der Wissenschaft mitwirkte, war Löwenthal, nicht Gerhard, sondern Richard Löwenthal. Ein anderer Ernst Fraenkel

Diese Leute wurden also praktisch erneut, zwar nicht in die Verbannung, aber in die innere Emigration getrieben. Sie haben fast resigniert vor dem Aufkommen der jungen Rebellen, die selbst kein moralisches Fundament hatten – denken Sie bloß an Leute wie Dutschke usw., – die aber umso rücksichtsloser die relativ alten Herren an den Rand des physischen Ruins drängten.

Es gab und gibt fragwürdige Gründe, die Deutschen auf der Anklagebank zu belassen. Man denke nur an die Verhandlungen zwischen Israel und der Bundesrepublik über die Wiedergutmachung. Vom Geschichtsbild hing es mit ab, wie groß der Geldstrom sein würde, der sich nach Israel ergießt. Sie wissen, diese Wiedergutmachungsverträge laufen bis zum Jahre 2030, und da ist es nicht von Nachteil, wenn sich der Schuldner auch für schuldig, für schwer schuldig hält. Dass es für Haftung gute Gründe gibt, soll damit nicht angezweifelt werden, auch wenn es dafür in der Geschichte kaum einen Präzedenzfall geben dürfte.

In einem Beitrag des Deutschland Archivs stand vor etlichen Monaten mit Blick auf die NS-Verbrechen zu lesen: „Und dieser Mord ist *das deutsche Verbrechen*.“ Ferner: „Genauso wenig wird die Schuld der Deutschen durch die Beteiligung ausländischer Kollaborateure gemildert. Es ist die Schuld unseres Volkes, die nie vergehen wird.“

So etwas Idiotisches! Aber Papier ist geduldig, und dieses „Papier“ wird sogar mit finanziellen Mitteln der Bundesrepublik Deutschland vertrieben, mit unserem Geld, zu unseren Lasten. Das ist unsere Realität, und damit hängt meines Erachtens auch die Antwort auf die Frage zusammen, warum bei uns die Schwierigkeiten mit Einwanderern andere sind, als bei unseren Nachbarn.

Karl Albrecht Schachtschneider

Es fällt ja auf, dass das gleiche Problem auch in den anderen Ländern der EU besteht, obschon deren Immigrationsgeschichte ja älter ist als unsere. Wir waren eigentlich noch in den 60er, 70er Jahren heilfroh, dass wir das Problem nicht hatten, was ja auch von ganz großer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage war. Aber jetzt haben wir das Problem. Es hängt nicht nur mit der deutschen Schuldkultur zusammen, denke ich, es sind auch andere Zusammenhänge zu sehen. Was wir bis jetzt noch gar nicht ansprechen konnten, ist die Gesamtstrategie globaler Herrschaft, die ihre wesentliche Institution in den Vereinten Nationen hat, und daß diese One-World-Politik eben systematisch betrieben wird im Sinne eines Global Government, also einer globalen Regierung – das ist eine alte Politik der Vereinten Nationen. Ich erinnere an die Agenda 21 – nicht 2010 – von 1992 der Vereinten Nationen – Rio de Janeiro – die sich verbrämt als ökologische Politik, die der Sache nach eine Weltregierungspolitik ist, ökologisch-sozialistisch. Wer das insgesamt studiert hat, der muß dann allerdings vorher wirklich gut gegessen haben, um das durchzuhalten. Es ist ersten sehr umfangreich, zweitens so gut wie nicht zu ertragen, wie die Welt entdemokratisiert werden soll, um insgesamt eine Weltregierung zu ermöglichen. Die nationalen Regierungen sind dann nur noch Unter-Regierungen unter der Weltregierung, die nach ganz genauen

Maßstäben diese Welt gestalten soll, hin auf ein sehr gemessenes Leben: etwa Zuteilung von Wohnraum nach dem Bedarf, d. h. ein Zimmer für einen älteren Menschen. Der braucht kein Haus. Und vieles andere steht darin. Da bleibt von unserer grundgesetzlichen Kultur so gut wie nichts übrig. Diese Politik wurde 1992 unter starker deutscher Beteiligung formuliert – ich erwähne den damaligen Umweltminister Töpfer. Sie hatte auch schon Vorläufer und erreichte 1992 einen Höhepunkt. Diese Politik ist konsequent. Auch wenn diese Agenda 21 keinerlei völkerrechtliche Verbindlichkeit hat, ist sie doch eine Dokumentation von allergrößter Bedeutung. Wir haben es mit einer globalen Strategie zu tun, die überall durchgesetzt wird. Man sorgt für die richtigen Regierungen, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und auch in anderen Ländern. Deswegen ist es nicht verwunderlich, daß die neue französische Regierung gar nichts unternimmt, was man eigentlich erwarten müßte, hinsichtlich des französischen Volkes. Die Briten haben insofern schon lange versagt. D. h., man will konsequent, denke ich, aus den Völkern, die ein Hindernis für die globale Welt sind, eine globale Bevölkerung machen. Es geht um das Umwandeln in Bevölkerungen, natürlich ohne die Völker zu fragen. Eine der wichtigsten Strategien ist die Migrationsstrategie insgesamt. Insofern besteht für Deutschland keine große Besonderheit, denke ich. Wir haben natürlich unser Lokalkolorit, was angesprochen wurde, aufgrund der besonderen deutschen Lage und der besonderen deutschen Vergangenheit. Sie ist aber nicht entscheidend, sondern es geht allen Völkern so, und es ist erstaunlich, daß sie sich nicht wehren. Die europäische Integration ist nur ein Teil der globalen Integration, ist nur eine Region des Globalismus. Je mehr man es im gesamtstrategischen Zusammenhang sieht, desto deutlicher sieht man, wie gefährlich das insgesamt ist. Wir müssen dagegen halten, ganz im Sinne des außerordentlich eindrucksvollen Vortrags von Herrn Seubert – ich bin wirklich dankbar, daß ich hier bin und das erleben konnte. Es macht ganz große Hoffnung, wenn ein so junger Mann – wenn ich das sagen darf – aber augenscheinlich im besten Alter, einen so grandiosen Vortrag hält, der uns in jeder Weise Zuversicht geben kann. Wenn es solche deutsche Professoren noch gibt, ist mir gar nicht so bange. Er liest ja immerhin in Erlangen, wo ich auch tätig war und bin. Schade, daß wir uns nicht vorher kennengelernt haben. Unsere Begegnung hier ist ein großer Gewinn für mich.

Wir müssen uns auf unsere Nation besinnen und auf die deutsche Kultur, die große deutsche Geschichte und dürfen nicht verzagen, müssen aber auch institutionell – das ist ja nun gerade meine Arbeit – wieder die Hoheit zurückgewinnen. Das ist eine Frage der Wahlen: Wer die gefährlichsten Gegner unseres Landes mit dem Argument wählt, sie seien „das geringste Übel“ – Sie

wissen, wen ich meine, viele sind ja Mitglied dieser Partei, denke ich – der trägt Schuld an dem Niedergang insgesamt.

Harald Seubert

Es ist im Grunde alles Wesentliche aus zwei Perspektiven dazu gesagt worden. Ich will Herrn Löw nur bestätigen: Der eigentlich aus dem linken Lager kommende Historiker Götz Aly hat vor zwei Jahren ein Buch über 1968 vorgelegt mit dem Titel „Unser Kampf“. Er ist einer der ganz wenigen Alt-68er, die einen kritischen Blick zurück werfen, wobei er den totalitären Wahn dieser Generation beschreibt, der durchaus in einer Konsequenz zu 33 zu sehen ist. Zu den jüdischen Professoren: da wäre natürlich auch Hans-Joachim Schoeps in Erlangen zu nennen und viele andere, die sich ein zweites Mal vertrieben sehen mussten. Ich glaube auch, dass wir einer globalen Strategie unterliegen. Was dagegen zu tun ist, zeigt die Legende des Königs Mithridates (König von Pontos 111 -63 v. Chr.), als die lateinische Sprache als imperiale Sprache des Römischen Reiches die Vorherrschaft gewann: Um sein Königreich zu bewahren, setzte er auf die eigenen Kulturen seiner Völker und widersetzte sich der Latinisierung. Er war ein Mann des Widerstandes gegen den damaligen imperialistischen Unilateralismus. Leider endete er allerdings durch eigene Hand, als er sah, dass sein Widerstand keine Aussicht auf Erfolg hatte. Aber ich möchte doch auch noch einmal auf das Feld der Kulturrevolution nach 68 zu sprechen kommen. Meine Damen und Herren, wenn Joschka Fischer sagt, Schwitz sei der Mythos, auf den die Identität der Bundesrepublik gegründet sei, wenn es überhaupt in der Moderne eine Begründung auf Mythen gibt, dann treten wir sowohl heraus aus der christlichen Welt, welche die Mythen zerbrochen hat, als auch aus einer geschichtlichen Rationalität, und dann sieht man, womit da operiert wird, möglicherweise zu anderen Zwecken, an denen Herr Fischer auch kräftig mitverdient, nicht ganz ohne Grund. Also, wir müssen diese beiden Perspektiven im Blick halten, und ich halte doch gegenüber dem eben genannten jungen Mann von gestern Abend fest: Wir haben in Deutschland eine bestimmte Sonderposition, weil Sie hierzulande zum Zuwanderungsproblem keine auf das nationale Interesse abzielenden Äußerungen finden, wie etwa die von Sarkozy, oder wie sie konservative Senatoren in Neapel und in Rom wie selbstverständlich und nicht nur unter vorgehaltener Hand äußern. Es ist eben auch merkwürdig, dass uns immer wieder gesagt wird – siehe den Süßmuth-Report über „Zuwanderung“ (2001) und ähnliches – welch ungeheures Potential diese jungen Einwanderer böten. Über das Potential der jungen Deutschen hört man weit weniger. Wer auf diese Schiefelage hinweist, wird politisch unehrenhafter Motive geziehen. Dabei muss dies doch gesunder Menschenvernunft auffallen. Darin ist schon eine Selbstkasteiung und -kastrierung unübersehbar als spezifisches deutsches Moment.

Karl Albrecht Schachtschneider

Darf ich noch kurz ergänzen? Ich möchte noch einen Aspekt nennen, der in der Diskussion um die 68er, den Versuch des Umsturzes ab 1968, immer übersehen wird, aber vielleicht die besondere deutsche Lage kennzeichnet. Diesbezüglich ist ganz wesentlich: das, was sich damals weltweit bewegt hat, fand in Deutschland statt. Nach meinen Kenntnissen vorangetrieben vom SED-Staat und Kräften seines Staatssicherheitsdienstes. Ich habe das damals als Assistent in Berlin sehr genau beobachtet, weil überall beteiligt, nicht unterstützend, aber beobachtend und in vielfältiger Weise, gerade an einem Lehrstuhl, der da auf der anderen Seite stand. Sehr viele von den Kräften, die man vorher nicht so richtig einschätzen konnte, wurden später als IMs identifiziert. Man sieht also, woher das Ganze kam. Dieser Umsturzversuch wird jetzt systematisch fortgesetzt, nachdem er zeitweilig wenig Erfolg hatte. Das ist also kein so wesentliches Umdenken der deutschen Studenten gewesen, sondern der Versuch eines Umsturzes von außen, der zum Glück im Wesentlichen gescheitert ist. Jetzt aber hat er erstaunlicherweise eine große Chance, da hat Herr Seubert völlig recht: „DDR light“, wie Sie zitiert haben; es ist die Frage: wer wen übernommen hat. Es wird gerade in der 68er-Nostalgie der Journalisten immer verkannt, wer das eigentlich, jedenfalls in Deutschland, die Chance aufgreifend, verursacht hat.

Frage

Ich bin ein begeisterter Ostpreußenfahrer und habe zunächst an Prof. Seubert die Frage, ob er mir folgendes Phänomen erklären kann: Heute stehen am Eingang des deutschen Soldatenfriedhofs Germau im Samland zwei Findlinge für gefallene deutsche Soldaten. Auf der rechten Seite für Hans Dieter von Basse, Major im Grenadierregiment Großdeutschland, das Emblem ist auf dem Stein; auf der linken Seite ein Findling mit der Aufschrift: „Im Luftkampf gefallen am 20.1.1944 für Deutschland“. Wie kommt es zu dieser erstaunlich erfreulichen Haltung der Russen, die sich in der Aufstellung dieser Findlinge zeigt? Die zweite Frage an Prof. Schachtschneider: Bei dem Protest in Köln gegen den Moscheebau durch, Pro Nordrhein-Westfalen sollen entweder der Oberbürgermeister (CDU) oder der Ministerpräsident (ebenfalls CDU) gesagt haben, die Leute von pro NRW seien braune Ratten. Stimmt das?

Veranstalter

Wir bündeln nun einige Beiträge und Fragen.

Beitrag

Im Januar ist ein Buch erschienen, das ich Ihrer Aufmerksamkeit empfehle. Der Autor ist Stefan Hug, ein junger Politologe, der Titel des Buches:

„Hollywood greift an“. Hug schildert darin die Rolle, die die amerikanische Filmindustrie vom Ersten Weltkrieg bis heute in der Politik gespielt hat. Während wir amerikanische Filme mit Vergnügen konsumieren, sei es im Kino, sei es im Fernsehen, begreifen wir nicht, dass sehr häufig diese Filme eigentlich im Rahmen der psychologischen Kriegsführung gedreht werden, auch im Frieden. Sie haben fast alle amerikanischen Botschaften und ebenso häufig enthalten diese Filme eine starke antideutsche Tendenz. Der Autor Hug, der das an x Beispielen schildert, hat sogar den ganz neuen Film analysiert, dessen Werbung Sie vielleicht gesehen haben: „Inglorious Basterds“. Er ist im Winter in deutscher Fassung in die deutschen Kinos gekommen. Die Geschichte ist folgende: In der amerikanischen Armee wird eine Einheit von jüdischen Soldaten gebildet, die unter der Führung eines Indianers an der Invasionsfront nur eine Aufgabe haben: so viele Deutsche wie möglich totzuschlagen und zu skalpieren. Und nun wird in dem Film gezeigt – und zwar in einer sehr amüsanten Weise, wie das deutsche Feuilleton meint, das diesen Film übrigens überall lobend besprochen hat – wie diese Leute losziehen und wahllos Deutsche, die mit Nazis gleichgesetzt sind, totschießen oder erschießen und anschließend skalpieren. Nun könnte man sagen, solchen Schwachsinn produziert Hollywood häufiger. Das, was dabei pervers ist: dieser Film ist mitfinanziert worden von der deutschen Filmförderung. Das habe ich diesem Buch entnommen, und das, meine ich, gehört zu dem Kapitel „Würde der deutschen Nation“. Mir wird gerade zugerufen: ein deutscher (richtig: österreichischer) Schauspieler habe gerade den Oscar erhalten, Christoph Waltz; der spielt einen SS-Führer, der nicht nur als Sadist dargestellt wird – alle Deutschen werden sonst als Sadisten vorgestellt – man sagt, als sehr charmanter Sadist. Auch andere jüdische Soldaten werden von deutschen Schauspielern dargestellt. Mir wurde erzählt, dass sich das Publikum hier in Deutschland über diesen Film außerordentlich amüsiert hat. Das ist nun ein Zeichen dafür, dass wir psychisch offenbar krank sind, und das politisch Wichtige ist, dass wir deutsche Staatsgelder in diesen Film gesteckt haben, der ja nun eindeutig anti-deutsch ist.

Das bringt mich aber auf den nächsten Punkt. Es wurde hier die unrühmliche Rolle der Bundesanstalt für politische Bildung dargestellt, zu der es zusätzlich noch in jedem Land eine entsprechende Institution gibt. Man hat uns nach dem Krieg vorgehalten, wir seien in Deutschland manipuliert worden von einem Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Es ist aber nie gesagt worden, dass alle kriegführenden Staaten ein solches Institut hatten, nur anders genannt: in England hieß es Informationsministerium, in der Sowjetunion waren die Stellen für Agitation und Propaganda. Ich meine, wir haben genau dasselbe in der Bundesrepublik. Es ist nur dezentralisiert: es sind die Institute für politische Bildung in Bund und Ländern, dazu kommen die parteinahen

Stiftungen, wie Adenauer-, Ollenhauer-, Heinemann-Stiftung und andere. In sie fließen Millionen und Abermillionen von Steuergeldern. Sie haben nicht die Aufgabe, politisch zu bilden, das hieße ja, umfassend zu bilden, sondern politisch zu beeinflussen. Wir sollten endlich begreifen, dass diese politischen Institutionen nichts tun, um uns politisch zu bilden, sondern dass sie Partei sind, und sie verfolgen in meinen Augen die Linie der Umerziehung, sie setzen sie fort. Wir haben den Feind im eigenen Land.

Frage

Herr Prof. Schachtschneider, Sie haben gesagt, wir sollten neue Parteien haben. Sie erinnern sich: Als wir hier die Auseinandersetzung mit der Hamburger CDU hatten, und auch die Idee einer neuen Partei aufkam, hat Prof. Stefani gefragt: „Haben Sie 60 Millionen? Heute müsste man mindestens dreimal so viel haben; aber welche Medien hätten wir hinter einer neuen Partei, mit der Ausrichtung, die notwendig wäre?“

Prof. Löw hatte ja die Bundeszentrale für politische Bildung angesprochen: ich spreche nur kurz die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung an. Die meint es auch nicht gut mit dem deutschen Volk, denn sie sorgt ja dafür, dass die jungen Leute sich „sittlich korrekt“ verhalten mit Kondomen so früh wie möglich, also: Untergang der Sittlichkeit, womit es auch keine Zukunft gibt. Das Gender Mainstreaming hat ja auch einen totalitären Anspruch, aber wenn sie diesen Begriff irgendwo ansprechen, beim Arzt oder sonst wo, haben die Leute nie davon gehört und wissen nicht, dass das schon das Grundprinzip in allen politischen Feldern ist.

Frage

Ich bin hier in Hamburg Lehrer und habe eine Frage an Herrn Prof. Seubert. Sie hatten ja auch vom Einstehen für Deutschland im Wesentlichen gesprochen. Wie sieht das aus? Kennen Sie Initiativen oder Gruppen im pädagogischen Bereich, die sich vernetzen und dort zusammenarbeiten könnten, um in diesem Sinne etwas zu bewirken? Denn ich finde, dass die Realität an den Schulen, so, wie ich sie z.B. in Hamburg kenne, ja sehr problematisch ist. Man wird dort sehr leicht insoliert, sei es, wie ich als Mitglied eines Elternrates, der einmal darauf hingewiesen hat, dass im Lehrplan für unsere Schüler kaum noch deutsche Literatur steht. Seit Frau Götsch hier Bildungssenatorin ist, ist es uns Deutschlehrern ins Belieben gestellt, ob wir die klassische Literatur in der Sekundarstufe I lehren, oder nicht. Wir bekommen eine Auswahl an Literatur. Es muss aber nicht die klassische deutsche sein, man kann ein ganzes Jahr lang mit Schülern z.B. englische, amerikanische, französische – internationale Literatur lesen und dann sagen, ich hab‘ einen guten Deutschunterricht gemacht. Wenn ich das im Elternrat der Schule meiner Tochter zur Diskussion

stelle, dann bekomme ich oft von den Eltern die Antwort: Sie sind wohl ‘n Rechter, was? Ich halte es also für notwendig, dass man sich hier einmal zusammensetzt, vernetzt, Initiativen bildet, um diesem Trend entgegenzuwirken. Können Sie dazu vielleicht etwas sagen?

Harald Seubert

Ich möchte drei Aspekte der Fragen beantworten. Lassen Sie mich zunächst etwas zum Gender Mainstreaming sagen:

Das ist in der Tat eine ganz tiefgreifende Sache. Es gibt mittlerweile glücklicherweise einige Literatur, die darüber aufklärt: die sehr verdienstlichen Arbeiten von Frau Kuby, auch von meiner Kollegin Gerl-Falkowitz in Dresden, die über diesen Sprachgebrauch ein großartiges Buch geschrieben hat: „Frau-Männin-Menschin. Zwischen Feminismus und Gender“. Es ist klar, gnädige Frau, da wird eine Top-down-Strategie gemacht, um den Menschen letztlich zu programmieren in eine konstruktivistische Geschlechteridentität vor dem Grunddogma: wir haben keine Geschlechteridentität mehr, wir sind nicht mehr Mann und Frau. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass man sich nicht mehr als Ebenbild Gottes verstehen darf, der sie schuf als Mann und Frau, denn das steht zur Disposition. Das führt dazu, dass in Kindergärten schon Spielchen gemacht werden, geschlechtliche Spielchen mit den Kindern. Das ist gängiges Moment dieser Sexualfrüherziehung. Außerdem ist es so, dass die Mädchen sich als Buben und die Buben sich als Mädchen erfinden sollen. Das ist die Strategie unserer Bundesregierung, das ist Regierungsprogramm. Schauen Sie mal auf die Homepage der Familienministerin. Ich weiß nicht, ob Frau Köhler verh. Schröder, die neue Amtsinhaberin, es vermag, hier gegenzusteuern. Es wäre sehr, sehr wichtig. Sie werden direkt in den ganzen Ideologiesumpf dieses Gender Mainstreaming geführt – also eine ganz zentrale Frage, in der man sowohl als Christ, wie als freiheitlicher Konservativer heute gefragt ist. Nachtrag: Der ganze widerliche Sumpf der Pädophilie, der ja an unterschiedlichen Orten aufbricht, sollte uns auch nötigen, die anthropologische und sexuelle Revolution nach 1968 von Grund auf in Frage zu stellen! Eine Dokumentation, die in Zusammenarbeit der Kirchlichen Sammlung *Bibel und Bekenntnis* und der SWG zu diesem Thema im Sommer erscheinen soll, Verfasser: Andreas Späth, muss die Augen öffnen.

Ich habe mit Bewegung die Worte von den Grabsteinen im Samland gehört. Natürlich: gestorben für Deutschland. Russen und Polen beginnen hier auch aufgrund der großartigen Gedächtnisarbeit der Vertriebenenverbände – die Versöhnungsarbeit ist –, das zu begreifen und zu verstehen.

Zum dritten Aspekt: Ja, es fehlt heute eigentlich ein Zusammenwirken, durch das dieses konservativ-liberale Denken auch in Handlung überführt

wird. Wir haben große und kleinere Einzelinitiativen; sehr schön, was sich hier in der SWG bewegt. Leider ist im Süden, wo ich stärker involviert war, das Studienzentrum Weikersheim, von Hans Filbinger begründet, in den letzten Jahren, offen gesagt, miserabel geführt worden und nicht auf dem erforderlichen Niveau. Ich kann nur sehr hoffen, dass sich Weikersheim wieder etabliert. Ich bin auch bewusst jetzt wieder in den Vorstand eingetreten. Wir müssen von daher versuchen, auch in die Schulen, in die Universitäten zu wirken. Es fehlt wirklich ein Netzwerk und Koordination. Wir müssen da verstärkt etwas aufbauen. Wir müssen auch sehen, welche Professoren Brückenköpfe sein können für die jungen Leute; nicht zuletzt geht es um Verflechtungen zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Die Linke ist extrem gut vernetzt, extrem gut in der Rekrutierung neuer Kader. Es ist so lange ein bestimmter konservativer Konsens mehrheitlich nicht existierte, viel zu viel preisgegeben worden, auch institutionell. Wie viele linke Schlangen haben Professoren unserer Couleur an der Brust gesäugt, um dann gebissen zu werden. Allzu sehr sollte man sich darüber nicht wundern. Institution ist nicht alles, aber ohne Institution geht nichts. So stehen wir an einem Anfang. Wir sollten unsere Adressen austauschen, um zu sehen, dass wir da stärker zusammenkommen. Ich bin außerordentlich interessiert, auch als Hochschul-lehrer, dass wesentliche Einsichten in die Schule hineinwirken. Natürlich müssen wir langfristig darauf hinwirken, dass diese unseligen Lehrpläne revidiert werden. So etwas kann nicht sein. Es kann auch nicht sein, dass Geschichte mit Sozialkunde zu einem Mischfach zusammenmutiert wird, sodass Geschichte eigentlich gar nicht mehr stattfindet, also der historische Analphabetismus (Alfred Heuss) verordnet wird, und dass das, was nach Lehrplan gelehrt wird, von Hans-Ulrich Wehler („deutscher Sonderweg“) und der Linken stammt. Das ist skandalös, und das finden wir heute auch in Bayern, nicht wahr! Aber da müssen wir ungeheuer kämpfen und noch ganz neue Netzwerke schaffen, um diesen Zeitgeisttrend umzukehren. Ich bin sicher, dass es gelingen kann.

Karl Albrecht Schachtschneider

Zu zwei Aspekten: Braune Ratten – ich weiß nicht, ob sie das gesagt haben, aber sie haben die Mitglieder und Besucher der Demonstration von Pro Köln so behandelt, als seien sie es. Denn sie haben jeden Schutz durch die Polizei unterbunden. Sie konnten ja nicht einmal mit ihrem Schiff anlegen, um wieder an Land zu gehen, und vieles mehr. Man konnte ja die Veranstaltung, nachdem was ich gehört habe – ich war nicht dabei – so gut wie gar nicht erreichen, und sie sind, obwohl alles rechtens war, behandelt worden, als seien sie, genau im Gegenteil: im Unrecht. Und ich denke, aus Pro Köln und Pro NRW wird sich vielleicht auch noch ein Pro Deutschland entwickeln. Pro Europa gibt es schon,

ich bin nämlich Vorsitzender des Vereins Pro Europa . Verein zur Förderung der europäischen Integration, der in Hamburg vor einiger Zeit gegründet worden ist, und jetzt den Sitz in Nürnberg hat. Der ist ganz klein, rein wissenschaftlich, aber das ist eine gute Vokabel: Pro Europa. Es geht uns um das europäische Europa, das Herr Seubert bestens geschildert hat. Die Voraussetzung dieses Europas ist die Vielheit der einzelnen Völker, der Nationen, die in geeigneter Weise staatenbündisch zusammenarbeiten, und nicht um den Einheitsstaat Europa, der der Sache nach von der Unionspolitik herbeigeführt werden soll. Dass mit Demonstranten und Vereinigungen so umgegangen wird, wie es dem Polizeirecht in gar keiner Weise entspricht, ist ein Skandal. Ich habe es ja in meinem Vortrag kurz angesprochen. Es ist ein Skandal, daß die Straftaten, die da auch von Bürgermeistern begangen werden, nicht verfolgt werden, trotz entsprechender Initiativen. Man ist entgegen dem Legalitätsprinzip, dem staatsanwaltschaftlichen Legalitätsprinzip, nicht bereit, eindeutige Straftaten zu verfolgen, wenn sie politisch korrekt sind. Längst überlagert die Political Correctness unser Recht. Mit dem Moralismus will man dieses störende Recht, das wir durch das Grundgesetz und die entsprechenden Gesetze haben, die Grundrechte und manches mehr, beiseite schieben.

Zu Ihnen, Frau Hoffmann: Ja, meines Erachtens ist eine neue Partei die einzige Chance, so wenig ich von dem Parteienwesen insgesamt begeistert bin. Aber eine neue Partei wäre etwas völlig anderes als Altparteien, die strukturell korrupt sind. Das ist eine neue Partei, weil sie ja keine Ämter zu vergeben hat, zunächst einmal nicht, wenn auch die Gefahr besteht, dass, wenn sie erfolgreich ist, viele eindringen, die nichts anderes wollen, als ein Salär als Abgeordnete und an der Sache gar nicht interessiert sind. Das ist immer eine ganz große Gefahr. Die noch größere Gefahr ist, dass sofort der Verfassungsschutz in eine solche Gruppierung eindringt und sie ruiniert. Damit muß man versuchen, fertig zu werden. Es ist äußerst schwierig und es bedarf starker Organisationskräfte, um all die Kritiker, all die, die genau wissen, in welcher Lage Deutschland ist, ganz im Sinne von Heinrich Heine, zusammen zu bringen. Das muss organisiert werden, so schwer es ist, angesichts des Umstandes, dass man eine wirkliche Hilfe von den Gerichten nicht erwarten kann, zumal die gerichtliche Macht längst nicht mehr in unserer Hand ist. Doch es ist die einzige Möglichkeit, dass eine neue Gruppierung, eine neue Partei in die politisch wichtigen Gremien kommt, insbesondere in den Deutschen Bundestag, um dann die Rechte wahrzunehmen, die Deutschland noch hat – die ich z.T. in den europapolitischen Prozessen verteidigt habe – nämlich unter Berufung auf die im Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts genannten Kriterien aus dieser EU auszuschneiden, um neue Verträge zu erzwingen, und um aus der Währungsunion auszuschneiden. Natürlich ist dies längst Pflicht, weil Deutschland nicht an einer Stabilitäts-

gemeinschaft teil hat, sondern längst an einer Haftungsgemeinschaft. Nur man muss auch den nötigen Rechtsschutz erhalten, Aber das ist schwer. Wenn man nicht einen kräftig stützenden Hintergrund hat, natürlich auch in den Medien, dann ist es auch beim Bundesverfassungsgericht schwer, Erfolg zu haben. Die Richter reagieren auch auf die Öffentlichkeit und werden dem Einzelnen kaum Recht geben, wenn die gesamte Öffentlichkeit, die „öffentliche Meinung“, gegen ihn gerichtet ist. Ich denke, Wahlen sind das Recht, das nicht so leicht genommen werden kann, wenn es auch im Augenblick wegen der Parteien, die wir haben, sehr entwertet ist. Aber eine neue politische Kraft könnte den Wahlen wieder einen Wert und eine Bedeutung geben, und deswegen erscheint sie mir erforderlich. Dabei muß ich zugeben: Ich bin nicht derjenige, der das organisieren könnte, weil man nicht alles leisten kann. Es macht schon viel Mühe, die Rechtsfragen einigermaßen sachgerecht zu bearbeiten. Damals hatten wir die Initiative hier in Hamburg, das hat viel gebracht, hat zu einer Wahlwiederholung geführt, hat dazu geführt, dass einer, der wirklich der Stadt eher geschadet hat, den Vorsitz aufgeben musste, aber sein Ersatzmann ist auch nicht besser, nicht wahr? Das wissen Sie besser als ich. Es hat leider im Endeffekt doch nicht viel geändert. Jetzt hat Hamburg einen Bürgermeister, der damals kräftig daran mitgewirkt hat, eine sachgerechte Politik zu verhindern. Aber ich will insofern jetzt nicht zu weit ausholen.

Frage

Ich darf mit einer kurzen Nachbemerkung zu der Frage beginnen, die anfangs der Herr hier vorne zum Soldatenfriedhof im nördlichen Ostpreußen gestellt hat. Ich habe neulich in einem Fernsehfilm auch etwas darüber gesehen und war sehr positiv überrascht, dass dort russische und deutsche Gefallene auf dem selben Friedhof liegen, und dass solche Inschriften, wie Sie sie erwähnt haben, nicht zerstört worden sind. Dieses ist ein gutes Zeichen dafür, dass die Verständigung zwischen ehemaligen Kriegsgegnern auf der Ebene der Völker, auf den unteren Etagen, schon viel weiter ist, als es die meisten führenden Politiker wahrhaben wollen.

Jetzt zu meinem eigenen Punkt. Ich habe noch nie in dieser Gesellschaft eine Veranstaltung erlebt, bei der meine ganz persönlichen Sorgen um die deutsche Politik, aber auch um die europäische Politik so deutlich und so klar, wie von den drei hervorragenden Sprechern ausgedrückt worden sind. Ich habe praktisch die Bestätigung dafür bekommen, was ich immer schon gedacht und gefürchtet habe, dass unsere Politik mit wenigen Ausnahmen mehrheitlich darauf ausgerichtet ist, im Sinne des römischen Senators (Cato d.Ä., 234-149 v. Chr.) vor dem dritten punischen Krieg zu handeln, der nach jeder Rede gesagt hat: *carthaginem esse delendam* (Ceterum censeo Carthaginem esse delendam. / Im

übrigen meine ich, dass Karthago zerstört werden muss.). Hier hat man den Eindruck: Germaniam esse delendam sei das Fernziel dieser kurz-sichtigen Ideologen. Dazu jetzt meine Bemerkung und Frage: Die Verfassung, das Grundgesetz, ist hervorragend, wie immer wieder von Prof. Schachtschneider und auch den anderen Herren gesagt wurde, so wie sie sein sollte, aber nicht beachtet wird. Vor Jahren schon hat Prof. Paul Kirchhof, den Sie sicher alle kennen, in einer Studie zur neuen polnischen Verfassung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, auch mit Blick auf unsere eigene Verfassung, geschrieben: Die schönste Verfassung ist überhaupt nichts wert, wenn im Vorfeld, im Volk, für das diese Verfassung ja die Grundlage der politischen Arbeit sein soll, nicht ein Konsens über die Werte besteht. Das klang auch teilweise in den Vorträgen an. Ich glaube, hierin liegt ein ganz wesentlicher Grund dafür, dass es bei uns schief läuft: Die unverzichtbaren Werte – Stichwort: Zehn Gebote oder auch die Tugenden der griechischen Antike – sie gelten fast nichts mehr. Daher sitzen wir in diesem Schlamassel. Dazu würde ich gerne noch einmal Ihre Meinung hören.

Frage

Wir haben hier jetzt vier Professoren, denn Sie, Herr Backerra würde ich einfach mal für den heutigen Tag zu einem Professor machen, weil wir hier wirklich spannende Vorträge hören. An Sie, Herr Backerra, die erste kurze Frage: Sie sprachen von gestern Abend. Haben wir da et verpasst? Frage zwei an Prof. Schachtschneider: Sie sprachen von der Agenda 21 der UNO. Was denken eigentlich die Amerikaner darüber, die ja sonst immer einen Sonderweg gehen wollen?

Veranstalter

Wir waren gestern in einem ganz kleinen Kreis beisammen, denn selbstverständlich lasse ich die Vortragenden am Abend nicht alleine.

Beitrag

Zunächst einmal möchte ich mich bei den drei Referenten ganz persönlich bedanken. Meine Herren, Sie haben nicht nur die Diagnose richtig gestellt, sondern auch, was sonst häufig bei solchen Veranstaltungen fehlt, etwas zur Therapie gesagt: Einstehen für Deutschland. Sie haben das jeder für sein Thema deutlich gemacht. Dafür danke ich. Eine zweite Vorbemerkung: Herr Prof. Schachtschneider, Sie haben zu Recht ausgeführt, dass man bestimmte Parteien nicht mehr wählen kann. Das sehe ich auch so. Nach der große Jubelfeier vor dem Reichstag wegen der kleinen Einheit, an der die Vorturner der großen Parteien ja alle teilgenommen hatten: der Kanzler, der große Zampano, der Vorgänger des Riesen-Staatsmannes Westerwelle, der Mann mit dem roten

Schal und andere, habe ich zu meiner Familie gesagt: Man kann bestimmte Parteien nicht mehr wählen! Aber, nun kommt die Kehrseite: Herr Prof. Schachtschneider, ich bin seit 20 Jahren Bürgermeister einer Gemeinde. Ich hätte keine Chance gehabt, Bürgermeister zu werden und in meinem lokalen Umfeld auf der kommunalen Ebene auch politisch zu gestalten, wenn ich nicht Mitglied einer Partei gewesen wäre. Da habe ich durchaus segensreich gewirkt. Meine Gemeinde war, als ich das Bürgermeisteramt 1991 übernahm, hoch verschuldet. In 10 Jahren habe ich in einem mühseligen Prozess die Gemeinde entschuldet. Sie ist heute schuldenfrei und hat Rücklagen. Die Möglichkeit, so zu gestalten, wäre mir genommen, wenn ich nicht in einer Partei geblieben wäre.

Nun eine Bitte an Sie, Herr Prof. Löw: Sie haben in Ihrem Vortrag einen Fall angesprochen, den ich Sie bitte, doch noch einmal zu konkretisieren. Ich habe ihn verstanden, weil ich darüber gelesen habe, aber ich glaube, die meisten hier haben das nicht verstanden. Ich meine das Beispiel, wie es beim Bundesverfassungsgericht unter Vorsitz des jetzt abtretenden Präsidenten zu einem Gerichtsurteil über die freie Meinungsäußerung kam. Die freie Meinungsäußerung, Artikel 5 des Grundgesetzes, ist ein hohes Grundrecht. Wir alle halten es hoch. Doch dieses Recht auf Meinungsfreiheit wird, wenn es denn politisch opportun ist, gebrochen. Die größten Verfassungsbrecher sitzen doch in der politischen Klasse. Ich habe das mit Entsetzen registriert, und zwar durch einen Leserbrief in der FAZ. Der Leserbriefschreiber soll hier unter uns ein; ich möchte ihm gerne dafür noch einmal die Hand drücken. Wie er schrieb, stellte das Gericht stellt zunächst fest, die Meinungsfreiheit sei ein hohes Gut, aber wenn es dann um ganz bestimmte Themen der deutsche Vergangenheit im 20. Jahrhundert gehe, dann sei die Einschränkung der Meinungsfreiheit erlaubt, und das sei unmöglich. Für mich ist es unfassbar. Bitte erläutern Sie doch in diesem Fall noch einmal, damit ihn auch alle verstehen.

Frage

Zu Beginn der Diskussion ist ausführlich dargelegt worden, dass die Globalisierung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht Verlierer hat, Verlierer z.B. das deutsche Volk. Aber auch andere Völker. Immer, und überall, wo es Verlierer gibt, gibt es natürlich auch Gewinner. Wer sind die Gewinner? Was sind die Gewinne? Und was müssen wir erwarten, in welchem Umfang wir noch abgezockt werden?

Noch eine Bemerkung: Wer erstaunt ist über deutsch-russische Soldatenfriedhöfe, der sollte sich einmal mit der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge auseinandersetzen und diesen Verband auch finanziell unterstützen.

Frage

Zunächst möchte auch ich mich bei den Herren Professoren bedanken. Bevor wir nach Hamburg gefahren sind hatten wir nochmal im Deutschland-Journal gelesen. Im Hinblick auf den Artikel „Hannibal und Hitler“, dessen Fazit nach meinem Empfinden mehr nach einer Tragödie aussah, oder schon nach einer Beerdigung Deutschlands, sagte ich zu meiner Frau: Dann brauchen gar nicht mehr nach Hamburg zu fahren. Aber, vor zwei Tagen, als die erste Nachtigall vor unserem Fenster schlug, da sagte ich: Meine Güte, das ist wie ein Aufruf. Jetzt fahren wir doch nach Hamburg. Und ich bin froh, dass wir heute hier sind, denn, es hat uns wieder Hoffnung gegeben.

Jetzt noch zwei Fragen: Es war wohl Prof. Schachtschneider, der mehrfach das Bundesverfassungsgericht erwähnt hat. Jetzt frage ich: Wo ist die Verfassung? Ich kenne bisher nur das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Und in Artikel 146 steht ja geschrieben, dass eine Verfassung vom deutschen Volk beschlossen werden soll. Wo ist also unsere deutsche Verfassung, oder haben wir immer noch die von 1919 aus der Weimarer Republik?

Die zweite Frage: Laut der Haager Landkriegsordnung und der international gültigen Gesetze darf eine geschlagene Macht, wie Deutschland, maximal 60 Jahre lang besetzt werden. Aber innerhalb dieser Zeit ist die Siegermacht dazu verpflichtet, dem ehemaligen Kriegsgegner einen Friedensvertrag anzubieten. (In der Haager Landkriegsordnung gibt es solche Bestimmungen nicht. Wo sie sonst stehen sollten, konnte nicht festgestellt werden.) Und wo ist dieser Friedensvertrag? Vorher müsste noch die Feindstaatenklausel in der IN-Charta gelöscht werden.

Veranstalter

Zur Forderung nach einer Verfassung darf ich nochmal kurz wiederholen, was ich schon in diesem Kreis früher gesagt habe – ohne Widerspruch von den Vortragenden Professoren. Immer wieder wird gesagt: Wir brauchen eine Verfassung! Aber: wir haben ein Grundgesetz, demgegenüber eine Verfassung nicht besser sein könnte. Und wo es verbessert werden muss, kann es auch durch eine Änderung des Grundgesetzes geschehen. Doch wenn wir in dem heutigen Zeitgeist eine neue Verfassung bekämen, so wie es im Grundgesetz heißt: „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen“, dann käme dort das „deutsche Volk“ nicht mehr vor, mit viel Glück vielleicht noch eine „deutsche Bevölkerung“. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir damals keine Verfassung beschlossen haben. Es wäre wahrscheinlich fürchterlich, was wir dann hätten. Das Problem ist nicht das Grundgesetz ist in Wort und Sinn, sondern das Problem ist, dass dieses Grundgesetz pervertiert wird.

Noch zu Ihrem Thema, Herr von Gottberg. Ich glaube, das Problem ist deutlich angesprochen worden. Ich wiederhole es noch einmal, wobei ich ganz genau auf den Juristen zurückgehe, der das Problem in der *Jungen Freiheit* dargestellt hat: Das Bundesverfassungsgericht hat eindeutig festgestellt, dass der § 130 StGB. „Volksverhetzung“, Absatz 4 – es gälte eigentlich dem Sinne nach auch für Absatz 3 – der die Meinungsfreiheit wesentlich einschränkt, kein allgemeines Gesetz ist. Ein Grundrecht darf aber nur aufgrund eines allgemein geltenden Gesetzes eingeschränkt werden. Und dann steht noch in einem weiteren Artikel: In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden – was in diesem Falle aber gegeben ist – und dennoch hat der Präsidentensenat des Bundesverfassungsgerichts im Falle des Nationalsozialismus die Bestimmung des § 130 Absatz 4, dem Sinne nach auch Absatz 3, als – wörtlich – „immanent“ mit dem Grundgesetz für vereinbar erklärt. Das ist ein Skandal. Und dann hat dieser selbe Präsident, der jetzt bald abtritt, in einem Interview gesagt: „Der Zweck des Staates ist die Gewährleistung der Freiheit.“ Eine größere Schizophrenie oder Unredlichkeit kann ich mir nicht vorstellen. Bitte, meine Herren, jetzt sind Sie dran.

Karl Albrecht Schachtschneider

Ich stehe einmal auf, denn ich habe viele Fragen zu beantworten. Die Werte als Voraussetzung der Verfassung, ja, allemal, das ist die schwierigste Problematik, gerade im Zusammenhang mit dem, was ich auszuführen versucht habe: dem Republikanismus. Denn der steht und fällt mit der Moralität – in dem Sinne, wie ich es gesagt habe, mit dem Leben nach dem Rechtsprinzip, dieser inneren Freiheit, und die ist nicht erzwingbar, sie ist eine Frage der Erziehung zur Tugendlichkeit. Das große Tugendprinzip ist dieser kategorische Imperativ, und den gilt es zu beachten. Das ist eine Frage der Erziehung in allen Einrichtungen der Erziehung: das Elternhaus, soweit es das überhaupt noch gibt, auch alleinerziehend, Schule, Universität und natürlich auch die Medien. Die müssten im Schiller'schen Sinne moralische Anstalten sein. Sie sind aber vielfach genau das Gegenteil. Sie sind lügnerische Anstalten, und das ist eine ganz große Sorge. Diese Verfassungsvoraussetzung, d. h., die Bürgerlichkeit des Bürgers, ist eine Erziehungsfrage. Das Grundgesetz kann nur die entsprechenden Rechte regeln, mehr nicht. Für diese Verfassungsvoraussetzung müssen wir alle arbeiten – hier in diesem Saal arbeiten wir ja gerade daran. Das ist unsere Aufgabe: durch Beiträge, freie Rede und Schriften möglichst dazu beizutragen, zu dem, was eigentlich in jedem Menschen steckt. Der kategorische Imperativ ist mit der Menschheit untrennbar verbunden, sonst würde, wie das Lorenz ausgeführt hat, der Mensch gar nicht überlebt haben, wenn er nicht dieses Prinzip in sich hätte, das eigentlich in allen Völkern zu finden ist.

Die Agenda 21 und die USA. Ja, die USA gehen von der Illusion aus, jedenfalls gingen sie 1992 allemal von der Illusion aus, daß sie die unbesiegbare Macht in dieser Welt seien, und daß alle Regelungen, auch die der Vereinten Nationen – sie sind dort die entscheidende Macht – im wesentlichen dazu dienen, die anderen Völker zu disziplinieren und in diese globale Welt, d. h. die amerikanisierte Welt einzuordnen – der Globalismus ist weitestgehend nur ein anderes Wort für Amerikanisierung der Welt – und sie auf jeden Fall die Oberhand haben. Ob das noch so ist, angesichts dessen, dass die USA keinen Krieg mehr zu gewinnen vermögen, wegen der Asymmetrie der Kriege, weil die heroischen Völker die Kriege gewinnen und nicht die postheroischen Völker, wie Herfried Münkler (Professor für Theorie der Politik, Humboldt-Universität Berlin) das völlig zu Recht ausgeführt hat. Daß jetzt die Weltmachtlage eine ganz andere geworden ist durch das Aufsteigen Chinas und anderer Staaten, das ist dann vielleicht für die USA so problematisch, dass sie sich in der Weltpolitik wieder etwas mehr zurücknehmen werden. Das ist schwer zu beurteilen. Jedenfalls gibt es die Agenda 21 mit dem Konzept der Weltregierung.

Ja, bestimmte Parteien kann man nicht wählen, man muss das aber vielleicht differenziert vorgehen. Es ist immer eine Gratwanderung zwischen systemimmanenter Arbeit, zu der wir alle irgendwie gehalten sind, und systemkritischer Arbeit. Beides muß man gleichzeitig in irgendeiner Weise bewältigen. Wenn Sie auf kommunaler Ebene gewählt werden, dann ist das richtig. Aber Sie wären natürlich auch gewählt worden, weil man Sie kannte, wenn eine freie Wählerschaft dahintergestanden hätte, wie sie in Bayern ganz erfolgreich sind. Aber eine ganz andere Frage ist, ob man der von Ihnen gemeinten Partei noch die politische Verantwortung für Deutschland insgesamt übertragen kann. Das ist ja wohl in den letzten Jahrzehnten schief gegangen. Der kommunale Bereich ist ein völlig anderer als der Bereich des Bundes und der Länder, insbesondere der des Bundes und vor allem der europäischen Ebene, also der Europa-Wahlen. Es wäre ja schon hilfreich, wenn bei den Europa-Wahlen anders gewählt würde und vielleicht auch bei der Bundestagswahl. Man muß das differenziert sehen. Für mich persönlich ist das auch jeweils eine Gratwanderung. Es ist klar: Das Verdienst von einzelnen Persönlichkeiten um das Land und seine Politik kann man überhaupt nicht schmälern, gerade in dem kommunalen Bereich, der meinen Respekt hat. Ich stehe z.B. völlig hinter dem Oberbürgermeister der Stadt, in der ich lebe, Nürnberg. Ich gehe eigens zur Wahl, um ihn zu wählen. Hauptgrund ist, dass ich ihn promoviert habe. Den kann ich nicht in den Orkus schicken. Aber auch er muss sich den Mächten dieser Welt anpassen, obwohl er eigentlich überhaupt kein unrechter Mann ist.

Gewinner der Globalisierung, das liegt auf der Hand, sind nicht die Völker, weder die Völker, denen schwer geschadet wird, wie Deutschland, aber auch den Vereinigten Staaten, und allen hochentwickelten Industrievölkern, sondern auch die armen Völker sind nicht die Gewinner der Globalisierung – in gar keiner Weise. Es ist festgestellt worden, dass letztere keineswegs wohlhabender geworden sind. Gewinner sind einfach die multinational agierenden Unternehmen und die Eigner des Kapitals, die dahinter stehen – das ist ein hochkapitalistisches Programm insgesamt. Wir haben auch von Herrn Seubert gehört, daß man den Mittelweg suchen muss, zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus, die in ihren Auswirkungen große Nähe haben. Ich habe immer schon zu sagen versucht: Wir werden den Wechsel vom Kapitalismus zum Sozialismus erleben. Die Strukturen sind in der EU geschaffen, die sowjetischen Strukturen, wie andere auch schon gesagt haben, um dann einen Sozialismus durchzusetzen. Wir sind insofern auf einem guten, sprich: schlechten, Wege, dass dazu diese undemokratischen Strukturen genutzt werden. Deswegen ist es unerträglich, solche Demokratiedefizite zuzulassen; die Gefahren sind viel zu groß. Wir sehen es doch an der Finanzmarktkrise und an der Weltwirtschaftskrise, die in keiner Weise zu Ende sind. Jetzt kommt die vorauszu sehende Phase der Staateninsolvenzen. Das ist ja in keiner Weise überraschend. Wer die Schriften von Wilhelm Hankel und einigen anderen Geld-Fachleuten liest, der weiß das. Die Fehlentwicklung liegt einfach an der Öffnung der Finanzmärkte für das Kapital, die Kapitalverkehrsfreiheit. Viele verzagen, man könne gar nichts machen. Natürlich müssen wir unsere wirtschaftliche und Finanz-Hoheit wiedergewinnen, und dann müssen wir Kapitalverkehrsbeschränkungen einführen. An der totalen Kapitalverkehrsfreiheit ist nichts Gutes. Die hatten wir auch vorher nicht; wir haben sie seit 1994. Manch einer hat profitiert, aber viele von Ihnen werden auch große Verluste erlitten haben. Ich darf ans Bundesbankgesetz erinnern: Auslandskredite konnten mit Mindestreserven von bis zu 100 % belegt werden, man musste also den gesamten Kredit unverzinslich, bei der deutschen Bundesbank hinterlegen. Das wurde nie voll aktiviert, höchstens bis zu 30 %. Aber es gab auf diese Weise durchgreifende Mittel, um die Gefahren der Kapitalverkehrsfreiheit abzuwehren. Viele fürchten sich vor der Aufwertung. Es ist vordergründig, zu glauben, der Export werde dadurch behindert. Es entspricht nicht den tatsächlichen Erfahrungen. Die Aufwertungen der D-Mark haben den Export nie behindert. Denn der Import, nicht zuletzt von Vorprodukten für den Export, wird sehr viel kostengünstiger. Ganz im Gegenteil: Es würde der deutschen Wirtschaft gut tun, weil die Kaufkraft stärker wird. Das ist ein weites Feld. Man muß sehr genau die fachkundigen Schriften zur Volkswirtschaftslehre lesen. Davon gibt es in Deutschland nur sehr, sehr wenige. Sie, Prof. Seubert, haben es angesprochen: dieser Niedergang von wissenschaftlicher Befähigung

gung, auch durch die Berufungspolitik. Wenn man nur noch Mathematiker auf volkswirtschaftliche Lehrstühle beruft, darf man sich nicht wundern, daß in Deutschland niemand mehr etwas von Volkswirtschaftslehre versteht. Das sind gescheiterte Mathematiker, die ihre Unkenntnis in mathematische Formeln gießen und von den rechtlichen und den politischen Zusammenhängen nichts verstehen. Es sind eben keine Staatswissenschaftler mehr, die sie sein müssten. Aber man kann ja auch Amerikaner studieren, die viel besser sind.

Jetzt noch ganz kurz zum Bundesverfassungsgericht. Wo ist die Verfassung? Herr Backerra hat schon etwas dazu gesagt. Das Grundgesetz ist unser Verfassungsgesetz. Es ist funktional ein Verfassungsgesetz, nicht unsere Verfassung. Wenn man die Frage stellt, muß man zunächst einmal wissen: es gibt eine Verfassung, die mit uns geboren ist, die uns niemand nehmen kann, die nicht zur politischen Disposition steht. Das ist die Verfassung der Freiheit. Ich habe meine Freiheit nicht von irgendeinem politischen Papier, sondern, weil ich ein Mensch bin. Sie sind auch Menschen, und deswegen haben wir zusammen die Freiheit, die allgemeine Freiheit. Es geht im Verfassungsgesetz nur darum, dass und wie die Freiheit verwirklicht wird, dass das Leben in Freiheit nicht behindert wird. Das ist die eigentliche Verfassung. Wir müssen sie nur leben und verteidigen. Das Grundgesetz ist ein guter Text im Sinne der Verwirklichung der Verfassung der Freiheit, auch wenn manches noch verbessert werden kann. Dass das Bundesverfassungsgericht aus politischen Gründen ständig vom Grundgesetz abgewichen ist, dass insbesondere die europäische Integration die Bedeutung des Grundgesetzes dezimiert hat, das sind andere Fragen. Das Grundgesetz als Text ist im Prinzip in Ordnung. Ich teile völlig die Meinung von Herrn Backerra: Wenn jetzt in unserer Zeit ein neues Verfassungsgesetz gemacht würde, ginge das total schief. Wir würden doch nicht in dem Verfassungsausschuss sitzen! Wer säße denn da drin? Das wären doch wieder nur die Vertreter dieser Parteien. Der erste Artikel würde sein: Deutschland ist ein in die Europäische Union integrierter Parteienstaat. Es käme nicht das Verfassungsgesetz heraus, das wir wollen. Solche Überlegungen sind nur der Versuch, das Grundgesetz ins Unrecht zu setzen. Aber es geht im Gegenteil darum: Zurück zum Grundgesetz! Das muß das Motto sein. Dann kann man vielleicht irgendwann auch Artikel 146 realisieren, z.B. in dem Sinne, daß die Volksabstimmungen verstärkt werden. Das Fehlen von Volksabstimmungen auf Bundesebene ist ohnehin verfassungswidrig, weil im unabänderlichen Artikel 20 steht, daß die Staatsgewalt vom Volke durch Abstimmungen und Wahlen ausgeübt wird. Wo sind die Abstimmungen? Der alliierte Vorbehalt hat damals bewirkt, dass das nicht umgesetzt wurde. Aber angeblich sollen wir ja durch den Deutschlandvertrag schon seit 1955 unabhängig, souverän sein – man merkt es bloß nicht so richtig. Eigentlich

hätte der Artikel 20 schon längst verwirklicht werden können und müssen und Volksabstimmungen hätten zumindest über die europäische Integration, zumal über die Abschaffung der DM, stattfinden müssen.

Nun zum Friedensvertrag. Ganz klar, wir haben keinen Friedensvertrag. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag ist kein Friedensvertrag, er kann also rechtens das Deutsche Reich nicht ändern. Das Deutsche Reich besteht weiter fort, hat jetzt aber einen anderen Namen – Bundesrepublik Deutschland – nicht „Bundesrepublik“, sondern Bundesrepublik Deutschland, der Name des Landes heißt Deutschland, das andere ist die Staatsform. Der normale Politiker wagt das Wort Deutschland gar nicht mehr auszusprechen. Dabei ist es gemäß ständiger Rechtssprechung identisch mit dem Bismarck-Reich von 1871 – auch richtig. Ein Staat kann trotz Kontinuität sein Verfassungsgesetz ändern. Man kann die Entstehungsweise des Grundgesetzes beklagen. Es ist nicht unabhängig entstanden. Es ist aber etwas dran an der Anerkennungslehre, die sagt: Im Laufe der Jahrzehnte ist das Grundgesetz vom deutschen Volk anerkannt worden. Dies steht ein wenig auf tönernen Füßen, ist aber sicherlich noch besser als diese ständige Forderung nach einer neuen Verfassung, sprich einem neuen Verfassungsgesetz. Es ist nicht die richtige Zeit für ein neues Verfassungsgesetz.

Zwischenfrage: Aber sind wir nach Artikel 146 des Grundgesetzes nicht verpflichtet, uns eine neue Verfassung zu geben?!

Nein, diese Verpflichtung gibt es nicht. Im Artikel 146 wird nur gesagt, wie lange das Grundgesetz gilt, nämlich, bis sich das Deutsche Volk in freier Selbstbestimmung eine neue Verfassung gegeben hat. Das ist bisher nicht geschehen. Das heißt ja nur: Das deutsche Volk kann sich eine neue Verfassung geben. Aber niemand in der Rechtswissenschaft interpretiert das als „muss sich“ eine neue Verfassung geben. Man hat sich ganz im Gegenteil im Zuge der Vereinigung 1990 dagegen entschieden. Es gab eine große Diskussion der Staatsrechtslehrer darüber. Und die Position „muss“ ist nie ernsthaft vertreten worden, denn der Wortlaut gibt das nicht her, sondern nur ein „kann“. Wenn es politisch gelingt, einen Verfassungsausschuß einzusetzen, dann würde ich gerne mit im Ausschuß sitzen, allein schon damit das Wort „Sittengesetz“ (GG Art. 2 Abs. 1) erhalten bleibt. Als der runde Tisch nach dem Zusammenbruch der DDR einen neuen Verfassungsentwurf erarbeitet hatte, war das Wort „Sittengesetz“ gestrichen. Insofern waren sich die Marxisten der DDR und die Westdeutschlands einig. Das Sittengesetz gilt zwar auch ohne dieses Wort im Text; denn es ist ein menschheitliches Prinzip, aber es ist schon sehr hilfreich, daß es im Verfassungsgesetz steht. Es ist allemal ein Stachel im Fleisch der Irrlehren.

Konrad Löw

Ganz kurz zu Art. 146 Grundgesetz. Als die Wiedervereinigung vorbereitet wurde, wollte Helmut Kohl, dass dieser Artikel ersatzlos gestrichen wird. Lafontaine, damals SPD-Vorsitzender, widersetzte sich. Also, Sie sehen, die linken Kräfte wollten eine neue Verfassung. Kohl musste die Kröte schlucken, um die Stimmen der Sozialdemokraten für die Verfassungsänderung zu gewinnen. Und da hat er sich dann gesagt, na gut, der 146 ist unschädlich.

Zur Frage des Herrn Schmidt: Wo bleiben denn im Zusammenhang mit der Diskussion über unsere Vergangenheit, in der sogenannten Vergangenheitsbewältigungsdebatte, die Zehn Gebote, der Dekalog? Das ist eine Frage, die sich mir auch aufgedrängt hat, und wer meine Antwort wissen möchte, den darf ich auf mein kleines Büchlein verweisen: „Hitler in uns – vom richtigen Umgang mit unserer Vergangenheit“. Mir wurde dieses Manko ganz plötzlich bewusst, als ich immer wieder auf die Schulterklärungen der Kirchen stieß, insbesondere die der evangelischen Kirche. Denken Sie nur an das Stuttgarter Schuldbekenntnis der EKD gegenüber den Vertretern des Ökumenischen Rats der Kirchen vom Oktober 1945. Katholischerseits gibt es entsprechendes. Und daneben der Dekalog: „Du sollst Vater und Mutter ehren!“ Nun darf mich das nicht dazu verführen, zugunsten meiner Eltern oder meiner Vorfahren die Wirklichkeit auf den Kopf zu stellen, aber zumindest darf ich die Vergangenheit, so, wie sie wirklich war, aufzeigen, auch wenn die Fakten zugunsten unserer ganzen Vorfahren sprechen. Das aber geschieht leider nicht seitens der Kirchen, weshalb ich „Hitler in uns“ allen katholischen Bischöfen zugesandt habe. Darin wird auch der evangelische Bischof Huber angesprochen. Von einigen katholischen Bischöfen bekam ich eine Antwort, von Bischof Huber nicht. Warum? Weil ich einige der Herren mit ihren fragwürdigen Äußerungen in Yad Vashem zitiere und frage: Wo bleibt denn da die Besinnung auf das, was in den geradezu heiligen Texten der Kirchen steht? – „Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten.“

Im evangelischen „Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft“ heißt es klar und deutlich: „Kollektivschuld ist ein Unding; in diesem abzulehnenden Begriff überleben längst überwundene primitiv-religiöse Vorstellungen von magischem Zusammenhang des Stammes, der Sippe oder des Volkes.“ Doch davon ist im Zusammenhang mit der deutschen Vergangenheit 1933-1945 nicht die Rede.

Im politischen Bereich haben wir das gleiche: Da ist ja auch viel von Schuld und Vergangenheit die Rede. Und andererseits von der Würde des Menschen. Ich habe ja den schönen Text vom Bekenntnis zur Menschenwürde verlesen.

Ist denn Menschenwürde in Einklang zu bringen mit Kollektivschuld oder mit kollektiver Schuldvermutung?

Das Grundgesetz führt uns zu Bestimmungen, die sich mit der Rechtspflege befassen, und wir haben, ich sage: Gott sei Dank!, insofern ein ethisch anspruchsvolles Rechtssystem entwickelt, also allen Respekt vor dem Geist, der aus dem Strafgesetzbuch spricht! Das Wesentlichste ist: Unschuldsvermutung, und die Verpflichtung in der Strafprozessordnung, tunlichst allen Beweisen nachzugehen, jenen zugunsten des Angeklagten und jenen zu Ungunsten des Angeklagten – das alles sind Früchte einer hohen Zivilisation und Ethik. Doch von alledem spürt man in der politischen Diskussion über Vergangenheit und Schuld nahezu nichts. Sollte jemand da sein und mir aufzeigen, dass ich hier Verlautbarungen nicht wahrgenommen habe, dann wäre ich für die Belehrung aufrichtig dankbar. Ich habe sie bisher trotz intensiven Suchens nicht gefunden.

Abschließend: Es wurden die Bundeszentrale für politische Bildung erwähnt, die Landeszentralen und auch die Stiftungen der Parteien. Eine solche Stiftung hat in Kiel eine Dependence, die Hermann-Ehlers-Akademie. Der Leiter der Hermann-Ehlers-Akademie erhielt meinen Aufsatz „Deutsche Identität in Geschichte und Verfassung“, und der gute Mann, ich sagte ganz bewusst „der gute Mann“, war so angetan, dass er mich bat, genau diesen Vortrag in Kiel zu wiederholen.

Die Ehlers-Akademie ist eingebunden in die Konrad Adenauer Stiftung. Ein anderer Filialleiter erfuhr davon und sagte gleich: Wenn die das in Bonn spitz kriegen, dass die Sie eingeladen haben, Sie werden es erleben: es kommt eine Absage. Es dauerte und dauerte, doch acht Tage vor dem Termin kam dann tatsächlich die Absage aus Kiel, wie sich's gehört, begründet. Der stellvertretende Leiter von Kiel habe den Saal anderweitig vergeben und deshalb, naja, ich wusste ja schon, dass die Absage kommt. Es war bloß spannend für mich, mit welcher Begründung. Ich habe mich also ganz dumm gestellt und geschrieben: Das sehe ich alles ein, aber es ist doch nicht so, dass der den Saal für alle Zeiten vergeben hat. Der Saal wird doch auch wieder frei. Und dann können wir in einem Vierteljahr die Veranstaltung nachholen.

Jetzt konnte der Leiter natürlich nicht gut antworten, meine Überlegung sei von der Hand zu weisen. Er schrieb mir also: Wir überdenken das nochmal - in einem Vierteljahr... Natürlich hat er sich nicht gerührt. Natürlich war ich nicht zu faul, erneut nachzufragen: das Vierteljahr ist um. Was ist denn mit Ihrer Planung? Na, gedulden Sie sich noch 14 Tage. Nach 14 Tagen melde ich mich erneut. Und jetzt schwarz auf weiß von ihm: „Ihr Thema ist ein so eminent wichtig, dass es nicht einseitig abgehandelt werden darf. Wir sind auf der Suche nach einem Partner, der gleichsam die Gegenposition vertreten kann. Bisher haben wir ihn nicht gefunden.“

Die finden ihn in alle Ewigkeit nicht. Also ist das Thema für alle Ewigkeit gestrichen. Das ist deutsche Wirklichkeit heute! Und doch ist diese Wirklichkeit unvergleichlich besser als die vor 70 Jahren: Wir haben eine starke Position. Die anderen haben zwar die Macht und das Geld, aber wir haben die Fakten, und da werden wir den anderen auf den Fersen bleiben. Sie können uns schädigen, aber nicht ganz mundtot machen.

Harald Seubert

Das war im Grunde ein Schlusswort, auch über die Pathologie unserer Zeit. Ich will nur zwei kurze Bemerkungen hinzufügen. Herr Schmidt, Sie verwiesen auf die Werte, die einer Verfassung zugrunde liegen müssen. Das ist natürlich auch eine Lektion des heutigen Tages, dass man konstitutiv die Sittlichkeit und das Ethos voraussetzen muss. Das ist es, was im Grunde den Kantianismus so zwingend macht. Die geforderte Sittlichkeit ist konkrete Sittlichkeit. Wo sie nicht gelebt wird, ja wo sie geradezu ausgerissen ist, da entsteht ein Vakuum. Sie kennen Goyas: *Der Schlaf der Vernunft bringt Ungeheuer hervor!* Wir müssen im Grunde sehen, dass man sich ständig um Destruktion, Zerstörung, um Ideologiekritik bemüht hat, und dass am Ende keine Wurzeln mehr geblieben sind. Wir müssen uns nun umgekehrt bemühen, diesen Faden zum Ethos wieder zu gewinnen. Das ist ganz entscheidend. Das ist eben das, was die Verfassung als positives Recht nicht schaffen kann, auch nicht schaffen darf, sonst schafft sie einen Ideologiestaat. Platon hat in seinem großartigen Spätdialog „Nomoi“ („Gesetze“, wahrscheinlich 347 v. Chr.), der in meiner Habilitationsschrift im Zentrum steht, von zwei Dimensionen des Gesetzes gesprochen. Er sagt zu Beginn: Die erste Dimension des Gesetzes richtet sich auf die Einsicht und auf die Sittlichkeit. Das ist gewissermaßen das weiche Garn, und dann kann ganz kurz statuiert werden, was daraus an positiven Gesetzen folgt. Sie können umso kürzer und loser gefügt sein, je intakter das Ethos ist. Und umgekehrt: je komplizierter die Regelungen sind, umso mehr ist das Ethos zerstört. Das ist eine ganz wesentliche Erkenntnis.

Noch ein kurzes Wort zum Zusammenhang von Kapitalismus und Sozialismus, von dem Herr Schachtschneider sprach. Das ist ja das alte Hayek-Problem (Friedrich August von Hayek, 1899-1992, österreichischer liberaler Nationalökonom, Nobelpreisträger) des Weges in die Knechtschaft: ein überbordender Sozialstaat mit Menschen, die nicht selbständige Bürger eigener Ehre und Anerkenntnis sind, sondern abhängige Transferempfänger. In einem solchen Staat werden sie die Freiheitsrechte gerne preisgeben, um weiter alimentiert zu werden. Es gibt in der angelsächsischen Welt das treffende Bonmot: welfarestate warfarestate – der Wohlfahrtsstaat wird zum Kriegsstaat, weil er über seine Nicht-mehr-Bürger, seine Abhängigen frei verfügen kann. Und ein ehemaliger

Bundespräsident sagte vor langer Zeit auch sehr richtig – das Wort verdanke ich unserem gemeinsamen Freund Klaus Hornung – der Staat des Tischleindeck-dich wird über Nacht der Staat des Knüppel-aus-dem-Sack. Das sollte man bedenken.

Veranstalter

So, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, es gibt sicherlich noch 1000 Fragen, aber die müssen Sie jetzt gleich beim Jahresempfang den Herren Vortragenden direkt stellen. Ich glaube, der Tag hat tatsächlich die Probleme nicht nur vor Augen geführt, sondern er hat auch Möglichkeiten und Wege zur Besserung gezeigt, und wie wir dafür eintreten können. Die drei vortragenden Herren haben, jeder auf seine Weise, gezeigt, wie sie es tun. Der eine ist ein bissiger Prozessführer, der andere ein unablässiger, lästiger Mahner, mit E-Mails und Briefen, und der dritte sagt deutlich seine Meinung in Polen und in den Gremien seines Wirkens. Ich glaube, wir haben vielleicht auch daraus gelernt, dass wir uns auch selber regen müssen – nicht nur hier sitzen, zuhören und uns freuen, Recht zu haben, dass es bei uns schlecht steht, oder dass irgend welche Unmöglichkeiten bei uns passieren, sondern, dass wir etwas dagegen tun müssen. Wie gesagt: eine Menge E-Mails bringen auch etwas zuwege. Wenn sich jetzt ein Herr Waltz als Darsteller eines widerlichen Deutschen gefällt (im Film „Inglorious Basterds“), dann sollte man ihm vielleicht auch mal schreiben, ob er sich denn nicht gar schäme. Oder auch an andere, die in dieser Richtung bei Amerikanern oder auch bei uns figurieren. Vielleicht führt das zum Nachdenken, ob das gut ist, mit dem sie da ihr Geld verdienen. Jedenfalls sollten sie merken, dass da etwas nicht in Ordnung ist.

Erfreulich, dass es, wie eben von Prof. Seubert gesagt wurde, die Rapperin Dee Ex gibt, die für eine solche Einstellung steht. Sie ist 28 Jahre jung, hat zwar einen unmöglichen Künstlernamen und einen Freundeskreis mit einem ganz merkwürdigen englischen Namen (No-Hoe-Army, etwa: „Nicht korrupte Truppe“, siehe *Junge Freiheit* v. 6.2.10), aber, sie steht zu Deutschland. Wir sind also nicht alleine. Wir sind es auch nicht als Gruppe wie unsrige. Es gibt noch viele andere Gruppen in Deutschland, die genau so wirken, und wir werden sicher zukünftig noch einmal ein besser zusammenwirken.

Ich setze meine Hoffnung auf die Erfahrung, dass keine Welle immer weiter in die Höhe geht. Jede Welle bricht. Das gilt sicher auch für die antideutsche Welle. Wenn das geschieht, dann kann man nur hoffen, dass dann der richtige Mann oder die richtige Frau da ist, die die Menschen zu packen versteht und in die richtige Richtung bringt.

Tragen wir dazu bei, indem wir weiter protestieren im eigentlichen Sinne des Wortes, nämlich: für etwas eintreten, pro-testieren.

Pro-testieren wir für Einigkeit und Recht und Freiheit!